



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 35. Sitzung des Ortsbeirates Neustadt (OBR Neu/035/2017)

am Montag, 12. Juni 2017,

17:30 Uhr

**im Ortsamt Neustadt, Bürgersaal,
Hoyerswerdaer Straße 3, 01099 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 21:53 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender
André Barth

Stellvertretende Vorsitzende
Mandy Pretzsch

Mitglied Liste CDU
Jörg Logé

Mitglied Liste DIE LINKE
Annegret Gieland
Jenny Keck

ab 17.36 Uhr anwesend

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen
Torsten Abel
Marco Joneleit
Klemens Schneider
Ulla Wacker

Mitglied Liste SPD
Prof. Dr. Christoph Meyer

Mitglied Liste FDP
Benita Horst

Stellvertretende Mitglieder

Hedda Adam
Jan Kossick
Valentin Lippmann
Annette Rottmann
Jenny Sprenger-Seyffarth

Vertretung für Herrn Lutz Barthel
Vertretung für Herrn Marcel Ritschel
Vertretung für Herrn Oliver Mehl
Vertretung für Frau Katja Meier
Vertretung für Frau Johanna Thielke
anwesend bis 21.45 Uhr

Abwesend:

Mitglied Liste CDU
Lutz Barthel

Mitglied Liste DIE LINKE
Holger J. C. Knaak
Nicole Schumann

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen
Oliver Mehl

Katja Meier

Mitglied Liste SPD

Johanna Thielke

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Stefan Strauß

Mitglied Liste PIRATEN

Marcel Ritschel

Stellvertretende Mitglieder

Georgios Perikles Aihmalotides

Vertretung für Herrn Holger J. C. Knaak

Verwaltung:

Herr Schmidt-Lamontain

Bürgermeister für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

Herr Lübs

Ordnungsamt, Amtsleiter

Herr Schade

Stadtplanungsamt, Sachbearbeiter Verkehrsanlagenplanung

Frau Mau

Stadtplanungsamt, Stadtplanerin

Gäste:

Frau Eckstein

Stadtteilrunde, Mobile Arbeit Neustadt der Diakonie

Frau Seisum

Stadtteilrunde, Kaleb e. V.

Herr Imhof

Polizeirevier Dresden-Nord, Revierleiter

Herr Hecht

Vorstandsvorsitzender Scheune e.V. , Vertreter der Schwafelrunde

Schriftführerin:

Frau Wondra

Sachbearbeiterin für Ortsbeiratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|------------|--|------------------------------|
| 1 | Kontrolle der Niederschrift zur 34. Ortsbeiratssitzung am 08.05.2017 | |
| 2 | Vorstellung der Stadtteilrunde | |
| 3 | Information zum Stand der Vorbereitungen der BRN 2017 | |
| 4 | Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates | |
| 4.1 | Ausübung von Straßenmusik, Straßenkunst und Straßenmalerei auf öffentlichen Straßen in der Landeshauptstadt Dresden | V1631/17
beratend |
| 4.2 | Erweiterung des Radweg-Winterdienstes | V1630/17
beratend |
| 5 | Auswertung der Bürgerinformationsveranstaltung zum Bischofsplatz am 11.04.2017 | |
| 6 | Gesetz über die Ladenöffnungszeiten im Freistaat Sachsen (SächsLadÖffG) - Aufforderung zur Beschlussfassung über besondere regionale Ereignisse im Jahr 2018 gemäß § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG | |
| 7 | Informationen, Hinweise und Anfragen | |

öffentlich

Einleitung:

Herr Barth, Vorsitzender, begrüßt die Mitglieder und Stellvertreter des Ortsbeirates Neustadt sowie die Gäste zur 35. Sitzung. Er informiert über eine Änderung in der Tagesordnung: die Punkte 6 und 7 werden nach Punkt 2 eingeordnet, da Herr Schmidt-Lamontain, Bürgermeister für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften, im Vorfeld im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit sei und Punkt 3 „Information zum Stand der Vorbereitungen der BRN 2017“ bis zu seinem Erscheinen nach hinten verschoben werden soll.

Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. Von 17 Ortsbeiräten sind 13 anwesend, so dass die Beschlussfähigkeit festgestellt wird. Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor. Für die Unterzeichnung der Niederschrift werden Herr Schneider und Frau Adam vorgeschlagen.

- | | |
|----------|---|
| 1 | Kontrolle der Niederschrift zur 34. Ortsbeiratssitzung am 08.05.2017 |
|----------|---|

Die Niederschrift der 34. Ortsbeiratssitzung am 08.05.2017 wurde von Herrn Ritschel und Herrn Knaak unterzeichnet. Einwendungen liegen nicht vor.

- | | |
|----------|---------------------------------------|
| 2 | Vorstellung der Stadtteilrunde |
|----------|---------------------------------------|

Die Vorstellung der Stadtteilrunde Neustadt erfolgt durch Frau Eckstein von der Mobilen Arbeit Neustadt der Diakonie sowie Frau Seisum vom Kaleb e. V.:

Die Arbeit der Stadtteilrunde basiere auf der gesetzlichen Grundlage des § 78 SGB VIII (KJHG) „Arbeitsgemeinschaften“ und setze sich derzeit aus folgenden Mitgliedern und Gästen zusammen: Conni e.V., offenes Kinder- und Jugendhaus Louise (Malwina e. V.), Kindertreff Känguruh e. V. für den Bereich „offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen“, Abenteuer-spielplatz Panama (Treberhilfe e. V.), Waldspielplatz Albertpark (JugendSozialwerk Nordhausen e. V.) für den Bereich „offene Arbeit auf Aktivspielplätzen/ Jugendfarmen“, Mobile Jugendarbeit Jumbo (Treberhilfe e. V.), Mobile Jugendarbeit Neustadt (Diakonisches Werk-Stadtmission Dresden e. V.), MOKA – Mobile Arbeit mit Kindern und Familien (Diakonisches Werk-Stadtmission Dresden e. V.) für den Bereich „Aufsuchende/Mobile Angebote für Kinder, Jugendliche und deren Familien“, Frauen- und Mädchen-Gesundheitszentrum Medea e. V., Männernetzwerk Dresden e. V. für den Bereich „Angebote für Mädchen/Junge Frauen bzw. Jungen/Junge Männer“, KALEB-Zentrum für den Bereich „Angebot für Familien/Frühe Hilfen“, MOBA – Ausländerrat Dresden e. V. für den Bereich „Angebot für geflüchtete Menschen“, No Addiction – Diakonisches Werk-Stadtmission Dresden e. V. für den Bereich „Angebot für Menschen mit Suchtthematik“ sowie die Galerie EINHORN - Jugend- und Kunstschule Dresden. Außerdem erfolge eine fachliche Begleitung durch das Jugendamt.

Zur Methodik der Stadtteilrunde gehöre die Stärkung der Vernetzung zwischen den Einrichtungen, Ämtern und Interessengruppen, die Bearbeitung und Umsetzung der Ergebnisse aus den Planungskonferenzen, die Erfahrungs- und Wissenserweiterung aller Mitglieder (z. B. durch fachlichen Input), die kontinuierliche Weiterentwicklung der Angebote sowie die gezielte Themenbearbeitung in Unterarbeitsgruppen. Aufgaben seien z. B. die Organisation gemeinsamer Aktionen für Kinder, Jugendliche und Familien wie die Stadtteilrallye am 21. Juni 2017 (mit Unterstützung des Ortsamtes Neustadt), der Einsatz für Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien (z. B. Freiflächen gestalten, erhalten, öffnen), Hilfen zur Erziehung vorzubeugen bzw. zu bearbeiten sowie Beteiligung zu schaffen bzw. zu fördern.

Den Ortsbeirat wollen sie mit der heutigen Vorstellung über ihre jugendhilflichen Angebote inkl. der AnsprechpartnerInnen und ihre Arbeit als Stadtteilrunde informieren sowie Bedürfnisse und Lebenslagen vermitteln mit dem Ziel der gemeinsamen Kooperation, Vernetzung und Unterstützung.

Die Stadtteilrunde (E-Mail: str-dd-neustadt@gmx.de) stehe für alle offen. Jeden ersten Freitag im Monat von 10:00 bis 12:00 Uhr finde ein Treffen nach dem Rotationsprinzip bei einem der Mitglieder statt. Die Mitglieder und ihre Kontaktdaten seien auf dem Jugendinfoserver unter <http://www.fachkraefteportal.info/fachkraefteportal/AG-STR.html> zu finden.

Frau Keck tritt der Sitzung um 17.36 Uhr bei. Es sind nun 14 Ortsbeiräte anwesend.

Herr Barth ergänzt, dass er im Rahmen der Kriminalprävention an einer der letzten Stadtteilrunden teilgenommen habe. Dabei sei festgestellt worden, dass die Berührungspunkte zwischen Stadtteilrunde und Politik durchaus ausbaufähig wären. So habe die Stadtteilrunde beklagt, dass keine ausreichende Beteiligung stattfinden würde. Deshalb habe er Einladungen zu den Ortsbeiratssitzungen ausgesprochen sowie zur heutigen Vorstellung der Stadtteilrunde. Er habe in der Stadtteilrunde erreichen wollen, dass sich die jugendhilflichen Angebote mit auf den Scheunenvorplatz fokussieren. Mit einer halben Stelle mehr für „No Addiction“ sei man bereits einen Schritt vorwärts gekommen. Auch eine Unterarbeitsgruppe der Stadtteilrunde befasse sich mit einer möglichen Nutzung des Scheunenvorplatzes. Diese Synergieeffekte sollten genutzt werden.

Schwerpunkte der Diskussion:

Herr Prof. Meyer regt an, dass sich die Stadtteilrunde alle zwei Jahre im Ortsbeirat mit einer aktuellen Entwicklung vorstellen möge. Außerdem erfragt er, ob es Bedarfe an Freiräumen und Plätzen gebe.

Frau Eckstein nimmt im Namen der Stadtteilrunde den Vorschlag gern an. Nicht neue Plätze müssten geschaffen, sondern bestehende anders genutzt werden - konkret würde sie dies jedoch gern mit allen Mitgliedern der Stadtteilrunde noch einmal abstimmen.

Herr Joneleit bittet um Recherche und Rückmeldung, welche Altersgruppe welche Bedarfe habe, um z. B. Plätze entsprechend gestalten zu können.

Herr Barth verweist auf die Planungskonferenzen des Jugendamtes, die auf der Internetseite der Landeshauptstadt Dresden zu finden sein müssten.

Frau Seisum ergänzt, dass aktuell ein Beteiligungsverfahren für Kinder und Jugendliche in Planung sei, um die Bedarfe zu ermitteln. Dieses soll im Oktober 2017 stattfinden.

Herr Joneleit bietet seine Mitarbeit und Unterstützung an.

Frau Seisum erwidert, dass das Beteiligungsverfahren erwachsenenfrei sei, eine Beteiligung bei der Umsetzung der Ergebnisse jedoch erfreulich wäre.

Herr Barth bittet darum, ihm den Termin des Beteiligungsverfahrens zu übermitteln, um diesen an die Ortsbeiräte zur Information weitergeben zu können.

6 Gesetz über die Ladenöffnungszeiten im Freistaat Sachsen (SächsLadÖffG) - Aufforderung zur Beschlussfassung über besondere regionale Ereignisse im Jahr 2018 gemäß § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG

Den Ortsbeiräten liegt ein Schreiben des Ordnungsamtes vom 10. April 2017 vor. Darin werden sie aufgefordert, Vorschläge zu verkaufsoffenen Sonntagen aufgrund besonderer regionaler Ereignisse für das Jahr 2018 zu beschließen. Demnach sind bis zu 8 verkaufsoffene Sonntage im Stadtgebiet aus besonderem regionalem Anlass im Jahr zulässig. Für das Jahr 2017 wurden für die Neustadt die Sonntage anlässlich der Bunten Republik Neustadt (BRN), des Hechtfestes sowie des Neustädter Frühlingfestes auf der Hauptstraße in der Verordnung der Stadt Dresden als verkaufsoffen festgelegt.

Zu o. g. Angelegenheit wurden die im Ortsamtsbereich Neustadt wirkenden Vereine um Vorschläge für verkaufsoffene Sonntage zu bedeutsamen Anlässen im Jahr 2018 gebeten.

Abstimmung des Ortsbeirates über die Vorschläge der Vereine und Veranstalter:

Sonntag, 17.06.2018 anlässlich der „Bunten Republik Neustadt“

(Gebietsumgriff: wie in der Verordnung der Landeshauptstadt Dresden über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen aus besonderem regionalen Anlass im Jahr 2017)

Sonntag, 29.04.2018 anlässlich des „Neustädter Frühlingfestes auf der Hauptstraße“

(Gebietsumgriff: wie in der Verordnung der Landeshauptstadt Dresden über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen aus besonderem regionalen Anlass im Jahr 2017) - **1. Priorität**

Sonntag, 15.07.2018 anlässlich des „Winzerfestes auf der Hauptstraße“

(Gebietsumgriff: wie in der Verordnung der Landeshauptstadt Dresden über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen aus besonderem regionalen Anlass im Jahr 2017) - **2. Priorität**

Abstimmung: Zustimmung

Ja 11, Nein 0, Enthaltungen 3.

Der Hechtviertel e.V. hat für das „Hechtfest“ im kommenden Jahr keinen Bedarf angemeldet.

Seitens des Ortsbeirates Neustadt gibt es keine weiteren Empfehlungen für eine Sonntagsöffnung im Jahr 2018 aus besonderen regionalen Anlässen.

Der Vorsitzende verzichtet darauf, den Tagesordnungspunkt 7 wie angekündigt vorzuziehen, da Herr Schmidt-Lamontain bereits anwesend ist.

3 Information zum Stand der Vorbereitungen der BRN 2017

Zur Information zum Stand der Vorbereitungen der BRN 2017 sind erschienen Herr Schmidt-Lamontain, Bürgermeister für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften, Herr Lübs, Amtsleiter Ordnungsamt, Herr Imhof, Revierleiter Revier Dresden-Nord sowie Herr Hecht als Veranstaltungsvertreter.

Herr Schmidt-Lamontain leitet ein, dass sein Geschäftsbereich, konkret das Straßen- und Tiefbauamt, in diesem Jahr erstmalig die Aufgabe gehabt habe, die BRN zu bescheiden. Ca. zum Jahreswechsel sei ihnen dies erstmalig angetragen worden. Man habe seinerzeit auf die Gefahren und Risiken hingewiesen. Im März 2017 habe der Oberbürgermeister abschließend entschieden, dass die Sondernutzungen für die BRN durch das Straßen- und Tiefbauamt zu bescheiden seien, während die Überarbeitung und Verifizierung des Sicherheitskonzeptes durch das Ordnungsamt erfolgen sollte. Man habe weiterhin darauf hingewiesen, dass man gerade in den Sommermonaten erhebliche personelle Engpässe haben werde, da man vor allem in den Sommermonaten eine Vielzahl von Sondernutzungen wie Veranstaltungen und Feste habe. Das habe zur Folge, dass man mit der Genehmigung von Sondernutzungen arg hinterher hänge. Herr Schmidt-Lamontain wisse, dass es eine Zumutung für Veranstalter sei, nicht zu wissen, ob die Veranstaltung stattfinden könne. Zum Ausgleich des sehr hohen Krankenstandes im Straßen- und Tiefbauamt habe man andere Mitarbeiter abgezogen. Im Hinblick auf die BRN seien aktuell 90 % von ca. 300 Anträgen bearbeitet. Probleme, die übers Wochenende angefallen wären, habe er sich heute angenommen und bemühe sich um eine Lösung in den kommenden Tagen.

Herr Lübs informiert, dass man eine Polizeiverordnung erlassen habe, die inhaltsgleich zum Vorjahr sei. Es werde punktuell Zugangskontrollen geben, um zu verhindern, dass Glasflaschen mit ins Festgebiet genommen werden. 100 Mitarbeiter des Ordnungsamtes seien täglich im Einsatz, jedoch mit der Folge, dass man im übrigen Stadtgebiet keine Präsenz zeigen könne. Ansonsten habe sich nichts gegenüber dem Vorjahr geändert: die Feuerwehr sichere den Sanitätsdienst ab, die Stadtreinigung die Reinigung in den Morgenstunden. Es werde keine „Nizza-Sperren“ geben, da es keine Sicherheitseinschätzungen der Behörden gebe, die dies rechtfertigen würden; man habe aber Szenarien vorbereitet, falls es doch nötig sein sollte.

Herr Imhof berichtet zum Stand der Vorbereitungen aus Sicht der Polizei: man werde am Freitag und Samstag mit 400 Beamten vor Ort sein, am Sonntag in etwas reduzierter Zahl. Er begrüße die Weiterentwicklung des Sicherheitskonzeptes, das erstmalig im letzten Jahr angewendet wurde. Die Zugangskontrollen zum Festgebiet sollen gemeinsam mit dem Ordnungsamt erfolgen.

Herr Hecht ist Vorstandsvorsitzender des Scheune e.V. und Mitbegründer der Schwafelrunde. Er erarbeite derzeit ein durch das Kulturamt finanziertes Konzept bzw. eine Handlungsempfehlung für die Stadtpolitik, die Verwaltung und das Stadtviertel, wie die Verbindlichkeit in der Koordination der BRN erhöht werden könnte. Des weiteren soll es ein Gutachten geben, das von einem Görlitzer Professor und seinen Studenten während der diesjährigen BRN erstellt werde, um die Rolle und Funktion der BRN zu beschreiben und herauszustellen, warum sich auch die Verwaltung aktiv um das Fest kümmern sollte.

Herr Hecht bezeichnet die Organisation der diesjährigen BRN als „so grottig“ wie noch nie. Er kritisiert, dass die Anträge sehr kurzfristig und nicht nachvollziehbar abgearbeitet worden und man mit den Veranstaltern so nicht umgehen könne; die Stimmung sei nicht bunt, viele Aktive seien verärgert und er sehe die Gefahr, dass das Fest zu einem Ärgernis werde. Beispielsweise habe es keine Abwechslung in der Genehmigungspraxis gegeben, was die Straßenseiten betreffe. Darüber verärgerte Bürger habe das Straßen- und Tiefbauamt an Frau Wacker vom Stadteilhaus verwiesen - mit der Begründung, dass dies mit der Schwafelrunde abgesprochen gewesen sei und diese dies mit entschieden hätte. Dies sei Sabotage. Auch die Pressekonferenz zur BRN habe die Schwafelrunde in diesem Jahr zum letzten Mal organisiert, weil ihnen die Legitimation fehle; das Presseamt habe die Organisation abgelehnt. Herr Hecht fordert, dass es im nächsten Jahr nicht wieder so kommen dürfe, da die BRN eine riesige Chance für den Stadtteil und die Stadt sei. Er appelliert dafür, die Schärfe bei den Genehmigungen rauszunehmen. Außerdem wünsche er sich eine Arbeitsgruppe zwischen den Ämtern. Sonst würde es immer weniger Einsatz geben, womit der schleichende Tod der BRN vorprogrammiert sei.

Herr Barth fragt an, ob es die Möglichkeit gebe, sich die Genehmigungspraxis an bestimmten Stellen noch einmal anzuschauen.

Herr Schmidt-Lamontain sichert dies zu. Er räumt ein, dass es nur einen kurzen Vorlauf gegeben habe. Ursprünglich sei auch die temporäre Ausleihe der bisherigen Mitarbeiter aus dem Ordnungsamt vorgesehen gewesen. Dies sei leider vom zuständigen Geschäftsbereichsleiter zurückgenommen worden. Knappe Ressourcen und Zeitdruck seien schwierige Rahmenbedingungen gewesen, trotzdem habe man versucht, sein Bestmögliches zu geben. Er biete eine mobile Sprechstunde für heute im Anschluss an, um für aufgetretene Probleme noch Lösungen herbeizuführen.

Schwerpunkte der Diskussion:

Frau Wacker stimmt Herrn Hecht zu, dass es in diesem Jahr chaotisch zugehen würde und mahnt an, dass es massiven Nachregelungsbedarf gebe.

Frau Horst äußert, dass die ganze Situation den Notstand im Straßen- und Tiefbauamt widerspiegeln würde und es ein politisches Desaster sei. Sie appelliert dafür, im Straßen- und Tiefbauamt nachzujustieren.

Frau Gieland kritisiert, dass die Evaluation des Sicherheitskonzeptes oft genug im Ortsbeirat angefragt, jedoch nie vorgestellt worden sei. Herr Barth ergänzt, dass seine erste Anfrage diesbezüglich bereits vom 13.09.2016 stammt.

Herr Prof. Meyer bemängelt, dass Stände und Aktionen, die wie im Vorjahr beantragt und damals genehmigt worden, dieses Jahr eine Ablehnung erhalten hätten. In solchen Fällen sollte die Genehmigung noch erteilt werden.

Herr Lippmann merkt im Hinblick auf Herrn Lübs an, dass es wenig hilfreich sei in der Öffentlichkeit zu äußern, dass man mit seinen Kräften woanders nicht mehr aktiv sein könne. Er teile den Vorschlag von Frau Horst. Perspektivisch sollte, vor allem auch im Hinblick auf die Bundestagswahl, im Straßen- und Tiefbauamt nachgerüstet werden. Herr Lippmann fragt des Weiteren an, ob die heute in der Presse formulierte Aussage stimme, dass das Ordnungsamt nicht rechtzeitig das Personal, das versprochen war, ausgeliehen habe.

Herr Schmidt-Lamontain erwidert, es sei korrekt, dass ursprünglich angekündigt wurde, die Mitarbeiter des Ordnungsamtes, die bisher die Bescheidung der BRN vorgenommen haben, an das Straßen- und Tiefbauamt auszuleihen. Trotz mehrmaliger Erinnerung dessen sei diese Zusage vom entsprechenden Geschäftsbereich nicht umgesetzt worden. Herr Lübs stellt klar, dass er dies mit Schreiben vom 17.03.2017 gegenüber Herrn Schmidt-Lamontain und dem Straßen- und Tiefbauamt aufgrund der Personalsituation im Ordnungsamt widerrufen habe. Außerdem ergänzt er, dass es um einen Mitarbeiter gegangen wäre, der stundenweise aushelfen sollte. Dies sei jedoch aufgrund der Arbeitsbelastung dieses Mitarbeiters (Einweisung psychisch Kranker, etc.) nicht mehr möglich gewesen.

Der Ortsbeirat räumt den anwesenden Bürgern einstimmig Rederecht ein:

Herr Herrmann, Betreiber der Bar an der Görlitzer Straße 1 bis 3, äußert seinen Unmut und Unverständnis für das Prozedere in diesem Jahr. Er kritisiert, dass in diesem Jahr sogar bestehende Sondernutzungsgenehmigungen für Außengastronomie für die BRN widerrufen wurden.

Herr Schmidt-Lamontain erklärt, dass laut Sicherheitskonzept die Kreuzungsbereiche freizuhalten seien, dies sei jedoch in der Vergangenheit anders praktiziert worden. Er sichert zu, gemeinsam mit der Agentur Schröter, zuständig für das Sicherheitskonzept, dem Ordnungsamt sowie dem Straßen- und Tiefbauamt bis morgen früh klären zu wollen, ob dieser Widerruf für bestehende Außengastronomie für die Sicherheit der BRN wirklich notwendig sei, um diesen eventuell zurückzunehmen. Dies betreffe seines Wissens ebenso das Eckstein, das Continental sowie das Bon Voyage.

Herr Grunewald von der BoysBar sagt, er habe nach der Ablehnung nun alles abgesagt und möchte wissen, bis wann eine Klärung möglich sein wird, um alles wieder zu organisieren.

Herr Schmidt-Lamontain sichert eine Prüfung bis morgen zu und dann wolle man miteinander in Kontakt kommen.

Herr Zschage von MDR-Sachsen äußert sein Unverständnis darüber, dass die Probleme erst seit diesem Wochenende aufgetreten seien, man habe seit Wochen dazu angefragt. Er hinterfragt, warum das Genehmigungsverfahren bei dem Personalmangel nicht einfach vom Vorjahr übernommen wurde.

Herr Schmidt-Lamontain stimmt zu, dass es seit Wochen Anfragen zur Genehmigung von Sondernutzungen gegeben habe. Die Bearbeitung erfolge nach Dringlichkeit mit dem entsprechend knappen Personal; Anträge auf dauerhafte Sondernutzung würden bereits nach hinten rut-

schen. Die ca. 300 Anträge auf Sondernutzung zur BRN seien ein erheblicher Mehraufwand gegenüber den Vorjahren. In den letzten Tagen seien bis heute 90 % der Anträge bearbeitet worden - die Probleme würden sich erst jetzt mit der Erteilung oder Ablehnung der Genehmigung ergeben.

Frau Eckert, Anwohnerin, fragt an, ob es auch eine Lösung für Anwohner gebe. Sie habe seit 8 Jahren einen Ausweichstandort für die BRN, da in ihrem Wohnhaus ein Gewerbetreibender sei. Dieser Ausweichstandort sei nun auch abgelehnt worden, da sie dort nicht gemeldet sei. Herr Schmidt-Lamontain bietet an, im Anschluss noch für Fragen und einen Austausch zur Verfügung zu stehen. Herr Barth ergänzt, dass der Scheunenvorplatz oder das Grundstück Königsbrücker Straße 8 für das nächste Jahr als Ersatzstandorte geprüft werden sollten.

Herr Kossick befürchtet, dass sich viele in die Toreinfahrten zurückziehen werden und möchte wissen, wie es sich damit verhält.

Herr Lübs stellt klar, dass Toreinfahrten als Rettungswege freizuhalten sind.

Frau Wacker informiert, das es 20 Absagen am Martin-Luther-Platz gegeben habe, während dem Veranstalter für den Martin-Luther-Platz mehr Straßenzüge als beantragt zugeschlagen wurden. Sie hinterfragt des Weiteren, warum die Mitarbeiter des Ordnungsamtes nicht die Mitarbeiter des Straßen- und Tiefbauamtes wenigstens einarbeiten konnten.

Herr Abel bittet Herrn Lübs um Antwort, ob es eine Festlegung für den Wechsel der Straßenseiten gegeben habe. Außerdem hinterfragt er, warum die Übergabe nicht in Ruhe nach der BRN 2017 erfolgt sei. Er möchte wissen, wann die Entscheidung gefallen sei und wann die Übergabe erfolgte.

Herr Lübs informiert, dass es eine Empfehlung des Ordnungsamtes gebe, welche Seite sich am besten für Aufbauten eignen würde. Das Sicherheitskonzept habe die Seite mit Parkbuchten zu Nutzung empfohlen. Das Straßen- und Tiefbauamt sei der Empfehlung gefolgt. Er verweist darauf, dass eigentlich ein Gesamtveranstalter dafür zuständig wäre. Die Übergabe vom Ordnungsamt zum Straßen- und Tiefbauamt sei ein langfristiger Prozess gewesen. Herr Schmidt-Lamontain ergänzt, im November 2016 sei eine Übergabe erstmalig angekündigt wurden. Nach verschiedenem Schriftverkehr wurde schließlich am 14.03.2017 festgelegt, dass das Ordnungsamt für das Sicherheitskonzept und das Straßen- und Tiefbauamt für die Erteilung der Sondernutzungsgenehmigungen zuständig sei.

Herr Schneider kritisiert die mangelnde Unterstützung des Ordnungsamtes bei der Übergabe und regt eine Evaluation der Erlaubnispraxis sowie des Sicherheitskonzeptes zeitnah im Herbst dieses Jahres an.

Frau Horst hinterfragt, welche von Herrn Lübs erwähnten geringfügigen Modifikationen es am Sicherheitskonzept gegeben habe und warum diese nicht vorgestellt wurden.

Herr Lübs führt aus, dass sich grundsätzlich nichts geändert habe, nur im Bereich der Zuständigkeiten habe es Anpassungen gegeben. Er äußert, es gebe nur einen Bericht, wenn es etwas zu berichten gebe.

Herr Logé äußert, die Brisanz der BRN sei der Stadtverwaltung bekannt gewesen. Es sei verheerend, welches Bild sich derzeit von der Stadtverwaltung dadurch zeichne.

Frau Gieland gibt zum Protokoll, dass sie sich als Ortsbeirätin wünsche, dass eine Vorstellung der Evaluation des Sicherheitskonzeptes erfolge. Sie wolle der Agentur Schröter Fragen stellen können, um den Prozess nachvollziehen und kritisch hinterfragen zu können.

Herr Barth sichert zu, weitere Einladungen an die Verantwortlichen aussprechen zu wollen. Herr Lübs ergänzt, dass seines Wissens die Agentur Schröter die Mitarbeiter des Straßen- und Tiefbauamtes eingearbeitet habe.

Herr Barth wünscht trotz allem allen eine friedliche und bunte Republik Neustadt.

4 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

4.1 Ausübung von Straßenmusik, Straßenkunst und Straßenmalerei auf öffentlichen Straßen in der Landeshauptstadt Dresden V1631/17 beratend

Herr Schmidt-Lamontain stellt den Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräten die o. g. Vorlage vor. Die Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Ausübung von Straßenkunst versuche einen Kompromiss zwischen den verschiedenen politischen Interessenlagen zu finden. So sollen lediglich Straßenmusik und „laute“ Straßenkunst zur Ausübung einer Sondernutzungserlaubnis bedürfen, sofern Straßenmusik und „laute Straßenkunst im räumlichen Geltungsbereich der Satzung Straßenkunst ausgeübt werden. Sonstige Straßenkunst bleibe erlaubnisfrei. Der räumliche Geltungsbereich, welcher die Zulässigkeit und das Erlaubnisverfahren für die Ausübung von Straßenmusik und „lauter“ Straßenkunst regelt, solle sich auf einen möglichst kleinen Bereich der Innenstadt beziehen. In den übrigen Bereichen der Stadt bleibe Straßenmusik und Straßenkunst erlaubnisfrei. Flächendeckend großräumige Bereiche sollen für die Ausübung von Straßenmusik und „lauter“ Straßenkunst ausgewiesen werden, in denen die Vorführenden sich konkrete Standorte wählen können. Innerhalb des Geltungsbereiches der Satzung Straßenkunst sollen grundsätzlich keine Beschränkungen zur Ausübung von Straßenmusik und „lauter“ Straßenkunst erfolgen, mit Ausnahme der Beschränkung der Spielzeit auf 10 Uhr bis 20 Uhr auf jeweils 30 Minuten von der halben zur vollen Stunde, einer täglichen Ruhezeit von 13 Uhr bis 14.30 Uhr, der Beschränkung zur mehrfachen Benutzung desselben Spielbereiches auf einmal am Tag in der Hauptsaison von April bis Oktober und auf zweimal am Tag in den Monaten November bis März.

Das Verwaltungsverfahren zur Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis soll möglichst einfach ausgestaltet sein, beispielsweise über das Internet oder eine Smartphone-App. Die Beantragung der Sondernutzungserlaubnis im Amt soll ebenfalls möglich sein.

Ausgangslage sei eine deutlich wahrnehmbare Beschwerdelage, weil sich Anwohner, Gewerbetreibende, in der Innenstadt Arbeitende und Touristen von Teilen der derzeitigen Musik- und Kunstausübungen belästigt fühlen würden. Mit Beschluss des Petitionsausschusses wurde der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden beauftragt, die Satzung der Landeshauptstadt Dresden über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen der öffentlichen Straßen in Dresden (Sondernutzungssatzung) hinsichtlich der Ausübung von Straßenmusik zu ändern und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Schwerpunkte der Diskussion:

Herr Kossick bemängelt die fehlende Durchsetzung der derzeitigen Regelung. Er meint, dass sonst auch die bestehende Sondernutzungssatzung funktionieren würde. Herr Kossick beantragt Rederecht für Herrn Gräßler, Straßenkünstler seit 2012. Diesem wird einstimmig zugestimmt.

Herr Gräßler vertritt die Auffassung, dass nicht die bestehende Regelung das Problem sei, sondern die fehlenden Kontrollen.

Herr Schmidt-Lamontain führt aus, dass mit der letzten Änderung der Sondernutzungssatzung am 2. Juni 2015 die Ausübung von Straßenmusik und Straßenkunst grundsätzlich erlaubnisfrei gestellt wurden sei. Zwar habe man die Erlaubnisfreistellung auch an bestimmte Regularien gebunden, es hätten sich jedoch die Hinweise der Verwaltung bestätigt, dass die derzeitigen Regelungen in der Sondernutzungssatzung nicht ausreichend bestimmt, nicht kontrollfähig und nicht geeignet seien, auf Zuwiderhandlungen zu reagieren, so wüsste man z. B. nicht, wer zuerst den Ort „in Beschlag genommen“ habe. Die o. g. Vorlage soll eine Lösung für die finden, die sich richtig verhalten würden.

Herr Kossick kritisiert, dass von „niederschwellig“ im Hinblick auf die Beantragung nicht gesprochen werden könne, wenn ein Smartphone nötig sei. Auch würde das Problem mit einer neuen Regelung, aber ohne Kontrollen nicht gelöst werden. Er befürchte, dass mit der neuen Satzung keine Straßenkunst mehr stattfinden werde.

Herr Schmidt-Lamontain hält dem die Aussage des Ordnungsamtes entgegen, die Satzung müsse kontrollierbar sein.

Herr Kossick stellt folgenden Ersetzungsantrag:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kontrolle der Einhaltung der Regelungen zur Straßenkunst in das Schwerpunktkonzept des Gemeindlichen Vollzugsdienstes aufzunehmen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Beschwerdemanagement zu verbessern, so dass die Informationen über Konflikte im Bereich Straßenkunst besser an einem Punkt zusammenlaufen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, z. B. durch den touristischen Dienstleister, unverzüglich eine Broschüre zur Straßenkunst herauszugeben und vorzuhalten, welche über die Regelungen auf freundliche, leicht verständliche und mehrsprachige Weise informiert.

Frau Gieland äußert ihre Ansicht, dass die Neustadt nicht in dem Maße betroffen sei wie die Altstadt, deshalb sei es fragwürdig, ob eine Regelung für die Neustadt erforderlich sei.

Sie stellt folgenden Änderungsantrag:

In § 1 Abs. 3 der Anlage 1 der Vorlage sowie in § 1 Abs. 2 der Anlage 2 der Vorlage sollen „Antonstraße-Albertplatz-Albertstraße-Carolaplatz“ durch „Große Meißner Straße/ Köpckestraße“ ersetzt werden.

Herr Prof. Meyer regt an, den Antrag von Herrn Kossick nicht als Ersetzungs-, sondern als Ergänzungsantrag zu stellen.

Frau Horst erfragt, welche Änderungen es in Bezug auf die Spielbereiche gegenüber der aktuellen Regelung gebe.

Herr Schmidt-Lamontain informiert, dass bisher keine Genehmigung erforderlich gewesen sei, jedoch ein Abstand von 150 Metern von bzw. zwischen den Künstlern eingehalten werden musste. Mit der geplanten Satzung sei ein Abstand von 150 Metern zwischen den Spielfeldern geplant. Innerhalb des Spielfeldes solle der Platz frei wählbar sein. Plätze mit Nutzungskonflikten, wie z. B. vor Kirchen habe man freigehalten.

Herr Engemaier, Stadtrat für die Fraktion Die Linke, informiert, er habe Akteneinsicht genommen: dabei habe es insgesamt 240 Beschwerden seit März 2012 gegeben. Von 200 Beschwer-

den mit Ortsangabe habe es nur 3 Beschwerden in der Inneren Neustadt, konkret auf der Hauptstraße gegeben. Solche die sich nicht an die bestehenden Regelungen halten würden, würden auch nicht die App nutzen. Allein Kontrollen seien wichtig.

Herr Schneider hält die neue Regelung für sinnvoll, um einen Ausgleich an Interessen zu schaffen. Er befürchtet, dass sich die Problematik von der Altstadt in die Neustadt verlagere, sollte die Neustadt aus dem räumlichen Geltungsbereich der Satzung herausgenommen werden.

Herrn Gräßler wird einstimmig ein weiteres Mal Rederecht eingeräumt: er gibt zu Bedenken, dass sich die Beschwerdegründe wie lautes und permanentes Musizieren durch die neue Regelung nicht ändern würden. Er kritisiert, dass sich nun alle Künstler der neuen Regelung unterwerfen müssten, während allein eine Gruppe für die zahlreichen Beschwerden verantwortlich sei.

Herr Schmidt-Lamontain verweist darauf, dass es nicht nur Beschwerden zu dieser einen Gruppe gegeben habe, sondern zum immer wieder gleichen Repertoire verschiedener Künstler.

Herr Barth stellt den Ersetzungsantrag von Herrn Kossick zur Abstimmung:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kontrolle der Einhaltung der Regelungen zur Straßenkunst in das Schwerpunktkonzept des Gemeindlichen Vollzugsdienstes aufzunehmen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Beschwerdemanagement zu verbessern, so dass die Informationen über Konflikte im Bereich Straßenkunst besser an einem Punkt zusammenlaufen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, z. B. durch den touristischen Dienstleister, unverzüglich eine Broschüre zur Straßenkunst herauszugeben und vorzuhalten, welche über die Regelungen auf freundliche, leicht verständliche und mehrsprachige Weise informiert.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 2 Nein 8 Enthaltungen 4

Der Vorsitzende stellt den Änderungsantrag von Frau Gieland zur Abstimmung:

In § 1 Abs. 3 der Anlage 1 der Vorlage sowie in § 1 Abs. 2 der Anlage 2 der Vorlage sollen „Antonstraße-Albertplatz-Albertstraße-Carolaplatz“ durch „Große Meißner Straße/ Köpckestraße“ ersetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 4 Nein 10 Enthaltungen 0

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag zur Vorlage V1631/17 abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 10 Nein 2 Enthaltung 2

4.2 Erweiterung des Radweg-Winterdienstes

**V1630/17
beratend**

Herr Barth informiert, dass aufgrund personeller Ressourcen keine Vorstellung der o. g. Vorlage durch das zuständige Fachamt erfolge. Der Stadtrat hatte mit dem Beschluss A0229/16 die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur Verbesserung des Winterdienstes auf Dresdner Radwegen zu erarbeiten.

Herr Barth erläutert, wie sich der Finanzaufwand für die stufenweise erweiterte Winterdienstleistungen auf Radwegen zusammensetzt würde: Das im interfraktionellen Antrag A0229/16 - Erweiterung des Radweg-Winterdienstes geforderte Radwegenetz zur Herstellung eines durchgehenden betreuten Hauptwegenetzes mit einer Gesamtlänge von 100.200 km (Gesamtsumme beider Fahrtrichtungen) erfordere einen finanziellen Aufwand von 905.970 Euro brutto pro Saison. Für die Beräumung von Ergänzungsstrecken für ein zusammenhängendes Netz nach A0229/16 seien 207.607 Euro brutto erforderlich. Für die Aufnahme der Räumung des Elberadweges beidseitig der Elbe in den Winterdienstplan seien 890.000 Euro brutto in den Haushalt einzustellen. Notwendiger Schneetransport und externe Lagerung von Schnee wegen fehlender Flächen im Netz werde Kosten von ca. 50.000 Euro brutto verursachen. Somit ergebe sich ein Gesamtaufwand von 2.053.577 Euro brutto pro Jahr.

Schwerpunkte der Diskussion:

Herr Schneider wirbt um Unterstützung für die Vorlage als eine sinnvolle Maßnahme gegen Luftbelastung, Lärm sowie Parkprobleme.

Auch Herr Logé äußert ebenso seine Sympathie für die Vorlage und erfragt, wie das allgemeine Ausschreibungsprozedere ablaufe. Herr Barth erläutert dieses.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag zur Vorlage V1630/17 abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2

5 Auswertung der Bürgerinformationsveranstaltung zum Bischofsplatz am 11.04.2017

Im Vorfeld der Sitzung haben die Ortsbeiräte die Stellungnahme des ADFC vom 07.06.2017 zu den Planungen für den Bischofsplatz per E-Mail erhalten.

Herr Schade und Frau Mau vom Stadtplanungsamt stellen den Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräten den aktuellen Stand zur Prüfung der Vorschläge aus der Bürgerveranstaltung zum Bischofsplatz vom 11.04.2017 vor: Im Auftrag der Landeshauptstadt Dresden haben die Büros mgp Verkehringenieure und Freiraumentwicklung Ehrler aus Dresden eine Verkehrs- und Freiraumplanung für den Bereich des Bischofsplatzes zwischen Dammweg und Johann-Meyer-Straße erarbeitet. Diese Planungen wurden zur Bürgerveranstaltung am 11.04.2017 im Ortsamt Neustadt vorgestellt. Damit verbunden sein sollen u. a.: die neue Einordnung der Straßenbahnhaltestelle „Bischofsplatz“ westlich der Eisenbahnbrücke, die Anordnung von Radverkehrsanlagen, die räumliche Fassung der Fahrbahnen im östlichen Bereich des Platzes (Knotenpunkt Rudolf-Leonhard-Straße und Eschenstraße), die Schaffung neuer Fußgängerquerungen und einer Mobilitätsstation. Der Straßenumbau und die neu geordneten Verkehrsräume sollen es auch ermöglichen,

neue Aufenthalts- und Grünflächen am Bischofsplatz zu schaffen. Die Gestaltung der Vorfläche des S-Bahn-Haltepunktes „Bischofsplatz“ an der Hechtstraße sei ebenfalls Bestandteil der Planung. Generell habe es Zustimmung zu den am 11.04.2017 vorgestellten Planungen gegeben.

Folgende Punkte wurden im Wesentlichen angeregt bzw. angesprochen:

- Prüfung kurzfristig umsetzbarer Zwischenlösungen, z. B. Belagwechsel (Asphalt) für ein verbessertes Angebot für den Radverkehr, Tempo 30 aus Lärm- und Sicherheitsgründen sowie sichere Anbindung der Eschenstraße an den Bischofsweg (Schulwegsicherung) -> Herr Schade weist darauf hin, dass nach Aussage des Straßen- und Tiefbauamtes ein Belagwechsel vor der Sanierung im Hinblick auf Aufwand-Nutzen nicht in Betracht gezogen werde. Tempo 30 und Maßnahmen, um die Sicherheit im Hinblick auf den Schulweg zu erhöhen, würden noch vom Straßen- und Tiefbauamt geprüft werden. Herr Schade sichert eine schriftliche Information des Ortsbeirates zu, wenn das Ergebnis dieser Prüfung vorliege.
- Forderung nach Erhalt der signalisierten Fußgängerquerung -> Herr Schade sichert zu, dass dies in der Planung berücksichtigt werde.
- Forderung nach Verkehrsberuhigung der Eschenstraße: radfahrer- und fußgängerfreundliche Umgestaltung, Herausnahme des Autoverkehrs, um Durchgangsverkehr zu vermeiden -> Herr Schade weist darauf hin, dass es sich um eine Umleitungsstrecke für die Königsbrücker Straße, z. B. bei einem Unfall handle und deshalb für den geringen KFZ-Verkehr weiterhin nutzbar bleiben sollte. Die 40 vorhandenen Stellplätze würden sonst ebenso wegfallen. Auch würde der Verkehr in andere Straßen im Wohngebiet verlagert werden, die dafür nicht geeignet seien.
- Forderung, mehr Parkplätze für Anwohner und Gewerbetreibende zu schaffen -> Mit dem derzeitigen Planungsansatz würde eine Reduzierung der Stellplätze von 100 auf 50 bis 60 einhergehen, so Herr Schade. Neuer Planungsansatz, um die Parkraumbilanz wieder zu erhöhen, sei, in Höhe des Friedhofes in Verlängerung der Conradstraße die Längsparkstreifen sowie Querparkstreifen bis unter die Brücke zu verlängern, um 15 bis 20 Stellplätze wiederzugewinnen.
- Warum umfasse der Planungsumgriff nicht die Hechtstraße bis in Höhe Erlenstraße? -> Eine Deckensanierung auf der Hechtstraße sei bereits erfolgt und die Straße damit in einem ordentlichen Zustand. Für eine Umgestaltung mit Baumpflanzungen müssten Leitungen verlegt und die Straße wieder aufgerissen werden. Deshalb sei man vom ursprünglichen Ansatz diesen Abschnitt in die Planung mit aufzunehmen, abgekommen, so Herr Schade.
- Anregung, den Planungsumgriff an der Südseite um die Bahnbögen entlang der Eschenstraße zu erweitern -> Die angesprochenen Flächen seien Betriebsflächen der Deutschen Bahn, Betriebsvorgänge müssten umgesiedelt werden (eine Ersatzfläche werde dazu benötigt), den Umzug müsste der Verursacher zahlen; laut Herr Schade sei dies ein langfristiges Projekt und sollte die vorgestellten Planungen nicht verzögern und deshalb nicht mit in die Planung aufgenommen werden.
- Warum ist die Eschenstraße nicht bis zum Dammweg in den Planungen enthalten? Laut Radverkehrskonzept sei die Eschenstraße der Priorität 1 zugeordnet, so dass bereits ein Austausch des Pflasters vorgesehen ist. Die Eschenstraße sei nur soweit einbezogen worden wie für die Planung notwendig.
- Wann wird die vorgestellte Verkehrs- und Freiraumplanung umgesetzt? -> Herr Schade führt aus, dass dies abhängig sei von anderen Projekten im Umfeld wie der Sanierung der Königsbrücker Straße, der Stauffenbergallee sowie der Bautzner Straße. Außerdem sei ein Planfeststellungsverfahren nötig, dessen Dauer schwer abschätzbar sei.

- Berücksichtigung des Lärmschutzes für die Anwohner bei Verlagerung der Haltestelle -> Herr Schade versichert, dass dies im Rahmen des Schalltechnischen Gutachtens Berücksichtigung finden werde. Die Haltestelle der Straßenbahn soll verlegt werden, um kurze Umstiege von bzw. zur S-Bahn-Haltestelle sowie eine behindertengerechte Ausgestaltung zu ermöglichen. Die Säulen unter der Brücke widersprechen einer Verlagerung in diesen Bereich.
- Forderung nach ausreichend Fahrradabstellanlagen im Bereich des S-Bahnhaltepunktes -> Herr Schade informiert, dass laut Planfeststellungsbeschluss 25 Fahrradabstellplätze vorzusehen seien, man mit der Planung aber bereits 50 Abstellplätze einordnet habe. An verschiedenen Platzbereichen sollen weitere Fahrradbügel angebracht werden. Frau Mau ergänzt, dass mit der Planung in diesem Bereich das Ziel verfolgt werde, viele Bäume unterzubringen, Sitzgelegenheiten anzubieten sowie 56 Fahrradstellplätze zu integrieren. Außerdem habe ein Gastronom aus dem Umfeld Interesse geäußert, eine Teilfläche des Vorplatzes bewirtschaften zu wollen - auch dies sei mit der vorgestellten Planung möglich.
- Forderung nach einer weiteren Fußgängerampel am westlichen Ende der verschobenen Haltestelle (i.H. Johann-Meyer-Straße) zur besseren Erreichbarkeit der 30. Grundschule und mehrerer Kindertageseinrichtungen -> Herr Schade informiert, dass die Anregung in die Planung mit aufgenommen und eingeordnet wurde.
- Forderung, das Kunstwerk/ den Schriftzug „Hecht“ in der Planung zu berücksichtigen. Nach statischer Erneuerung soll dieser auf der Platzfläche im östlichen Bereich integriert werden, so Frau Mau. Die Anregung, einer weiteren Begrünung in diesem Bereich, werde geprüft.

Schwerpunkte der Diskussion:

Herr Schneider dankt für die Vorstellung. Er hinterfragt, welche Unterschiede es zwischen den beiden online gestellten Varianten der Freiraumplanung gebe. Des Weiteren möchte er wissen, ob es bereits Gespräche mit der Bahn zum Erwerb der Fläche an den Bahnbögen gegeben habe. Außerdem fordert er im Hinblick auf die Stellungnahme des ADFC mehr zur Verkehrsberuhigung der Eschenstraße zu tun. Abschließend bittet er um Auskunft, ob berücksichtigt wurde, dass angeblich unter Brücken keine Parkplätze mehr ausgewiesen werden sollen, da davon parkenden Autos Brandgefahr für das Bauwerk ausgehe.

Herr Schade führt aus, dass es definitiv keine Verkaufsgespräche mit der Bahn gegeben habe. In Gesprächen habe die Bahn den Verkauf nicht grundsätzlich ausgeschlossen, jedoch benötige sie dann Ersatzflächen. Er gehe davon aus, dass das Vorhaben nicht in die Planung aufgenommen werden sollte, da es längerfristig angelegt sei. Zum Thema „unter Brücken parken“ räumt Herr Schade ein, dass dies von unterschiedlichen Stellen unterschiedlich gehandhabt werde. In der Planerrunde gemeinsam mit dem Straßenbaulastträger wurde nichts gegenteiliges geäußert, so dass Stellplätze in der Planung vorgesehen seien. Frau Mau informiert, dass die Unterschiede der beiden Varianten zur Freiflächengestaltung eher nachgeordnet seien; es gebe einen nur geringfügig unterschiedlichen Grünanteil.

Frau Horst appelliert dafür, die Eschenstraße für den MIV offen zu lassen und damit auch die Parkplätze zu erhalten.

Frau Keck schließt sich Frau Horst an, dass Parkplätze dringend benötigt werden würden. Sie schlägt einen Zebrastreifen oder eine weitere Lichtsignalanlage auf der Rudolf-Leonhard-Straße, kurz vor dem Bischofsweg vor, um Autos auszubremsen.

Herr Schade weist darauf hin, dass ein Zebrastreifen nicht das geeignete Mittel sei, um Autofahrer auszubremsten. Mit einer weiteren Lichtsignalanlage werde die gesamte Kreuzung bald vollständig signalisiert werden, womit das zügige Fahren eher erleichtert als erschwert werde.

Der Ortsbeirat räumt einstimmig den anwesenden Bürgern Rederecht ein:

Herr Zickler vom Tabakgeschäft plädiert dafür, statt Grünflächen mehr Parkplätze zu schaffen, zumal demnächst weitere 40 Wohneinheiten geschaffen werden sollen. Die Grünanlage im westlichen Teil werde außerdem schon kaum wirklich genutzt außer zum Rausch ausschlafen.

Frau Cajar, Anwohnerin, unterstützt Herrn Zickler, dass es im Umfeld zu wenig Parkplätze gebe. Sie hinterfragt, warum das zur Bürgerinformation vorgestellte Toilettenhaus heute nicht erwähnt wurde.

Frau Mau sichert zu, dass das Toilettenhaus nachwievor in der Planung eingeordnet sei und Gegenstand der Planung bleibe.

Herr Reiter, Anwohner und Vorstand des Fördervereins der 30. Grundschule, schlägt vor durch Aufplasterung in Verlängerung der bestehenden Ampel die Inselsituation aufzulösen.

Herr Schade informiert, dass eine Aufpflasterung bereits geprüft werde, auch im Sinne der Schulwegsicherheit.

Herr Ton, Anwohner der Hechtstraße, weist darauf hin, dass z. B. die Tiefgarage an der Hechtstraße 38 bis 42 nicht vollständig genutzt werde, weil die Leute nichts zahlen und lieber kostenfrei im öffentlichen Raum parken wollten. Er appelliert dafür, diesem Trend nicht immer nachzugeben. Herr Ton stellt die Einordnung der Rudolf-Leonhard-Straße als Sammelstraße in Frage.

Frau Schulze, Anwohnerin der Rudolf-Leonhard-Straße spricht sich dafür aus, dass die Parkplätze in den umliegenden Straßen des Bischofsplatzes unverzichtbar seien. Sie regt, eine Markierung von Parkplätzen auf der Fahrbahn an, um sinnlose Lücken zu vermeiden.

Herr Barth gibt zu Bedenken, dass sich Autofahrer ohne Markierung dichter drängen würden.

Herr Schade schließt sich an: für eine Aufmarkierung benötige man außerdem 5,75 Meter pro Stellplatz, ohne Aufmarkierung gehe man von 5,50 Metern aus.

Herr Hag hinterfragt, ob auch die Beleuchtung Thema der Neugestaltung sei.

Frau Mau bejaht dies, z. B. für den Vorplatz an der S-Bahn-Haltestelle gebe es bereits einen konkreten Beleuchtungsvorschlag, der auch zur Bürgerinformation vorgestellt wurde.

Zurück zur Diskussion der Ortsbeiräte:

Herr Schneider äußert seine Meinung, dass es nicht zu wenig Parkplätze, sondern zu viele Autos gebe. Der Bischofsplatz sei außerdem mit dem ÖPNV gut erreichbar. Er wirbt dafür, den öffentlichen Raum anders zu nutzen, als für Parkplätze. Er hinterfragt des Weiteren, ob die Containerstellplätze auf der Eschenstraße als Unterflurcontainer eingeplant seien, was er sehr begrüßen würde. Außerdem bittet er abschließend im Hinblick auf die Verkehrsberuhigung der Eschenstraße die Anhebung der Fahrbahn nördlich (Rudolf-Leonhard-Straße) und südlich der Bischofsplatzes zu prüfen, um den Fußgängerverkehr von Ost nach West zu erleichtern sowie die Geschwindigkeit des Durchgangsverkehrs von Nord nach Süd zu senken.

Herr Barth hinterfragt, wie es nun mit den Planungen weitergehe.

Herr Schade führt aus, dass bis zum Herbst die Vorplanungen abgeschlossen und eine Vorlage erarbeitet werden sollen, um im 2. Halbjahr in die politischen Gremien zu gehen.

7 Informationen, Hinweise und Anfragen

Der Vorsitzende verweist auf die Pressemitteilung vom 03.05.2017 „Wahlhelfer Kampagne 2017“ und wirbt bei den Ortsbeiräten, sich als Wahlhelferin bzw. Wahlhelfer für die Bundestagswahl am 24. 09.2017 anzumelden.

Herr Barth gibt einen Überblick über die Auswertung der Anregungen vom Runden Tisch zur Kriminalprävention in der Scheune am 31.03.2017. Themen seien gewesen das Betteln vor Ladengeschäften, Zuständigkeit bei Ruhestörungen, Forderung nach Absperrung der Treppe vor der Turnhalle am Scheunenvorplatz statt einer Beleuchtung sowie nach Schließung der Spätschops.

Des Weiteren informiert der Vorsitzende, dass eine Bürgerversammlung im Ortsamt Pieschen am 05.07. um 18:30 Uhr zum „Bebauungsplan Nr. 357 C, Dresden-Neustadt Nr. 41, Leipziger Straße/ Alexander-Puschkin-Platz“ geplant sei.

Folgendes wird als Kopie ausgereicht:

- aktuelle Informationen des Sozialamtes „Monatsbericht Asyl und Flüchtlinge“ mit Stand vom 28.04.2017
- Einladung zum „Terrassen-Talk“ am Mittwoch, den 14. Juni 2017 ab 18 Uhr, Annenstraße 10 - VHS und Caritasverband laden zum Auftakt ihres Kooperationsprojektes „Brückenbauer Integration“ ein
- Antwort vom 29.05.2017 auf die Anfrage an den Oberbürgermeister vom 06.03.2017 „Waldspielplatz erhalten“
- Antwort Herr Hentschelmann, Straßen- und Tiefbauamt vom 06.06.2017 zum Stand Sanierung Martin-Luther-Straße/ Pulsnitzer Straße
- Pressemitteilung vom 12.06.17 „Verkehrszählung im Gebiet Dresden-Neustadt“
- Antwort des Straßen- und Tiefbauamtes vom 12.06.2017 zur „Verkehrssicherheit Bautzner Straße 73“
- Briefumschlag von der Gesellschaft Historischer Neumarkt

Anfragen der Ortsbeiräte:

Herr Logé fragt an, ob der Elberadweg im Bereich der Albertbrücke noch saniert werde, nachdem die Sanierungsarbeiten an der Albertbrücke und der Fußgängerbrücke weitgehend abgeschlossen seien.

Herr Barth bittet darum, ihm die Anfrage per E-Mail zu übersenden, um eine Antwort des Fachamtes einzuholen.

Frau Horst möchte wissen, wie der Stand zur Winterschadensbeseitigung sei. Des Weiteren bittet sie darum, das Bauvorhaben der CG-Gruppe an der Theresienstraße im Ortsbeirat vorzustellen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Winterschadensbeseitigung bis weit in den Herbst hinein laufe. Die Antwort des Straßen- und Tiefbauamtes zur Anfrage aus dem Ortsbeirat hinsichtlich der Beseitigung der Schlaglöcher auf der Louisestraße werde nachgereicht, sobald sie vorliege.

Hinsichtlich der Vorstellung des Bauvorhabens bittet Herr Barth um eine E-Mail.

Frau Sprenger-Seyffarth verlässt die Sitzung um 21:45 Uhr. Es sind 13 Ortsbeiräte anwesend.

Frau Wacker weist auf die fehlende Ampelschaltung für Radfahrer auf der Augustusbrücke in Richtung Goldener Reiter hin.

Der Vorsitzende bittet um Übersendung des konkreten Sachverhaltes per E-Mail, um eine Antwort des Fachamtes einzuholen.

Frau Wacker erkundigt sich des Weiteren zum Stand der Stelle des Neustadtkümmers.

Herr Barth informiert, dass die Bewerbungsgespräche Ende dieses Monats geplant seien. 22 Bewerbungen seien insgesamt eingegangen. Er plane voraussichtlich zur nächsten Sitzung am 14.08.2017 eine Vorstellung des Neustadtkümmers, des Scheuneverantwortlichen und des Konzepts für den Scheunenvorplatz.

Abschließend bittet Frau Wacker um Informationen zum Ablauf der Sanierungen des Gymnasiums Dreikönigsschule und der 15. Grundschule.

Der Vorsitzende bittet um eine E-Mail mit der entsprechenden Anfrage.

Herr Joneleit bittet um Information durch die Dresdner Verkehrsbetriebe zur Umsetzung von Inklusion in ihren Beförderungsmitteln.

Herr Barth bittet um eine E-Mail.

Frau Gieland bezieht sich auf die Antwort vom 29.05.2017 auf die Anfrage an den Oberbürgermeister vom 06.03.2017 „Waldspielplatz erhalten“, wonach bis August 2017 der Geschäftsbereich Bildung und Jugend gemeinsam mit dem Geschäftsbereich Umwelt und Kommunalwirtschaft dazu einen Vorschlag unterbreiten wollten, und bittet darum den Kompromiss vorzustellen.

Herr Barth sichert zu, in den entsprechenden Geschäftsbereichen dazu anzufragen.

André Barth
Vorsitzender

Cathleen Wondra
Schriftführerin

Klemens Schneider
OBR-Mitglied

Hedda Adam
OBR-Mitglied